

Fraktion DIE LINKE ♦ Klever-Tor-Platz 1 ♦ 46483 Wesel

Bürgermeisterin
Ulrike Westkamp
Rathaus
Klever-Tor-Platz 1

46483 Wesel

Klever-Tor-Platz 1
46483 Wesel
Telefon: 0281 203 2720
linke-fraktion@wesel.de
www.dielinke-wesel.de

Wesel, 17.11.2022

Antrag für die Veränderungsliste zum Haushaltsentwurf 2023 – hier Etatposten für erste Maßnahmen aus dem inklusiven Handlungskonzept der Stadt Wesel

Sehr geehrte Frau Westkamp,

die Fraktion DIE LINKE. im Rat der Stadt Wesel beantragt die Bereitstellung von 100.000 € im Haushalt 2023 für die Umsetzung erster Maßnahmen aus dem inklusiven Handlungskonzept der Stadt Wesel.

Begründung:

Die Erarbeitung des inklusiven Handlungskonzepts der Stadt Wesel war als partizipativer Prozess angelegt. Menschen der Zielgruppen – Seniorinnen und Senioren, Menschen mit Migrationshintergrund, Menschen mit Behinderung, Wohnungslose oder von Wohnungslosigkeit Bedrohte - und diejenigen, die haupt- und ehrenamtlich mit ihnen arbeiten, sollten ihre Bedarfe und Vorstellungen mit einbringen. Corona hat viele geplante Veranstaltungen unmöglich gemacht. Die Verwaltung und das IBIS-Institut haben flexibel und professionell darauf reagiert und Partizipation über andere Formate realisiert. Insgesamt hat sich dadurch aber die Arbeit am inklusiven Handlungskonzept verzögert und die Fertigstellung hat gut 1 Jahr länger in Anspruch genommen.

Bereits für den Haushalt 2022 hatten wir Mittel zur Umsetzung erster Maßnahmen beantragt. Dieser Antrag fand leider keine Mehrheit. Dadurch wurde ein weiteres Jahr verschenkt, ohne dass konkrete Maßnahmen angegangen und umgesetzt wurden. Sich bei der Umsetzung des inklusiven Handlungskonzepts allein auf die Initiative freier Träger und auf Finanzierungsmöglichkeiten aus nicht identifizierten Förderprogrammen zu verlassen, ist wenig erfolgversprechend. Viele der Maßnahme, die im Handlungskonzept aufgeführt sind, hätten positive Auswirkungen auf die Menschen in dieser Stadt weit über die ursprünglich in den Blick genommenen Zielgruppen hinaus. Durch die Entwicklungen der letzten Jahren und

insbesondere der Monat seit Ausbruch des Ukraine-Kriegs haben sich für viele die Lebensumstände zum Teil dramatisch verschlechtert. Hier sind Verwaltung und Politik in der Pflicht, für Unterstützung zu sorgen und zu einer Verbesserung der Lage beizutragen.

Mit freundlichen Grüßen

Barbara Wagner
Fraktionsvorsitzende
